

Informationspflichten bei einer Erhebung von Daten

gem. Art. 14 DS-GVO

1. Anlass der Erhebung	
	Wir haben Daten von Ihnen im Zuge der Beantragung einer Kostenübernahme für Verhütungsmittel erhoben.
2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen	
	Verantwortlich für die Datenerhebung ist die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Amt für Soziales, Abteilung SI 2 Hamburger Straße 47 22083 Hamburg +49 40 42863-0 poststelle@basfi.hamburg.de
3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	
	Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Behördlicher Datenschutzbeauftragter Hamburger Straße 47 22083 Hamburg datenschutz@basfi.hamburg.de
4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung	
4 a	Zwecke der Verarbeitung: Ihre Daten werden dafür erhoben, um zu prüfen, ob die gewährte Kostenübernahme rechtmäßig erfolgte (Verwendungsnachweisprüfung gem. § 46 LHO). Darüber hinaus werden die Daten ggf. zur weitgehenden Prüfung durch die Innenrevision und den Rechnungshof erhoben.
4 b	Rechtsgrundlagen der Verarbeitung: Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e, 9 Abs. 2 Buchst. g DS-GVO i.V.m. § 46 LHO verarbeitet.
5. Quelle der Daten	
	Ihre Daten haben wir im Rahmen ihrer Antragstellung bei ProFamilia / Familienplanungszentrum erhoben.
6. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden	
	Die öffentliche Stelle verarbeitet folgende personenbezogene Daten von Ihnen: - Daten zu ihrer wirtschaftlichen Situation - Daten über die Kostenübernahme für Verhütungsmittel
7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten	
	Ihre Daten werden nach der Erhebung bei der <i>Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration</i>

10 Jahre lang gespeichert.

8. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DS-GVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DS-GVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DS-GVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DS-GVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit.